

Idsteiner Zeitung

und Anzeigebblatt.

Verkündigungsorgan des Amtsgerichts und der Stadt Idstein.

Erscheint wöchentlich dreimal
Dienstag, Donnerstag u. Samstag.

Inserate:
Die kleine Zeile 25 Pfg.
Reklamezeile 50 Pfg.

Mit der wöchentlich erscheinenden Beilage:

Des „Landmanns Sonntagsblatt“.

Redaktion, Druck und Verlag von Georg Grandsperre, Idstein.

Bezugspreis
monatlich 60 Pfg. mit Bringerlohn.
Durch die Post bezogen:
— vierteljährlich 1 Mark 80 Pfg. —
— Siehe Postzeitungsliste. —

N^o 28.

Samstag, den 8. März

1919.

Politisches.

Der Einzug Lettow-Vorbeck in Berlin.

Berlin, 2. März. General v. Lettow-Vorbeck, der Ritter ohne Furcht und Tadel, als vollkommenes Beispiel hingebender Treue und ritterlicher Feldherrntugenden von der ganzen Welt bewundert, der viereinhalb Jahre einem weit überlegenen Feinde standgehalten hat, die in allen Zeiten fortleben wird, ist heute an der Spitze seiner Heldenschar hier eingezogen. Der aus Rotterdam kommende Zug hatte eine mehrstündige Verspätung. Seit dem frühen Morgen hatten Zehntausende in der Umgebung des Lehrter Bahnhofes sowie des Brandenburger Tors geduldig der Ankunft der Helden geharrt, die um 3 Uhr erfolgte. Von 2500 Deutsch-Ostafrikanern sah heute nur der zehnte Teil 250, die Heimat wieder; 800 sind noch gefangen, die übrigen deckt fremde Erde. Ein Vertreter des Reichskolonialamts, Major Strümpel, war den Ankommenden bis zum Grenzbort Benthaim entgegengefahren. Um 3 Uhr lief der Zug unter dem Jubel der Menge in den festlich geschmückten Lehrter Bahnhof ein. Das Regiment Reinhardt hatte die Ehrenkompanie gestellt. Zur Begrüßung waren erschienen im Auftrage des Generalstabs General v. Winterfeldt, vom Deutschen Offiziersbund General von Scheidt, eine Abordnung des Reichskolonialamts und des Kommandos der Schutztruppen. Dem Zuge entstieg zuerst General v. Lettow-Vorbeck mit seinem Stabe und Gouverneur Dr. Schnee. Ihnen folgten die Mannschaften sowie die deutschen Frauen und Kinder. Nach einem gemeinsamen Mahl setzte sich um 3 1/2 Uhr der Zug zum Einmarsch in die Stadt in Bewegung. Offiziere und Mannschaften waren mit Blumen geschmückt. Die Frauen und Kinder fuhren in fahnenengeschmückten Omnibussen. Unter dem stürmischen Jubel der nach Zehntausenden zählenden Zuschauer marschierte die Schar durch das Brandenburger Tor. Auf dem Pariser Platz war die mit schwarz-weiß-roten Fahnen geschmückte Rednerbühne errichtet. Davor hatten die Offizierskorps der Garnisonen Berlin, Spandau und Potsdam, sowie die Vertreter der Regierung Aufstellung genommen. Ein Sängerkorps begrüßte Lettow-Vorbeck und seine Schar. Kolonialminister Dr. Bell sprach die ersten Worte der Begrüßung, indem er besonders den Gouverneur

Dr. Schnee und den General feierte, denen das Schicksal Deutsch-Ostafrikas anvertraut war, dessen wirtschaftliche und menschliche Kräfte sie entwickelt hatten. Der Redner gedachte mit Worten höchster Anerkennung der siebenjährigen Dienste des Gouverneurs Dr. Schnee. Das Vaterland sei stolz auf diese Männer, sie hätten die Bewunderung aller ehrlichen Gegner. Der Redner forderte auf, nicht rückwärts, sondern vorwärts zu schauen und alle Kräfte zum Wiederaufbau des Vaterlandes zusammenzuraffen. Kriegsminister Reinhardt feierte die beispiellose Tapferkeit des Generals und brachte ein Lob auf die Heldenschar aus, an das sich der gemeinsame Gesang „Deutschland über alles“ anschloß. Hiernach sprachen der Marineminister im Namen der Armee und der Schutztruppe, der Bürgermeister im Namen der Stadt Berlin Worte der Begrüßung. General von Lettow-Vorbeck dankte im Namen seiner Kameraden, versicherte, daß die Worte der Redner auf fruchtbaren Boden gefallen seien und daß das Vaterland sich auf die Ostafrikaner verlassen könne. Unter stürmischem Jubel brachte er ein Hurra auf das Vaterland aus. Hiernach zog die Schar, überall stürmisch begrüßt, die Linden entlang und begab sich in die Bürgerquartiere. (Köln. Ztg.)

Vom Vorfrieden.

Paris, 4. März. Laut „Gaulois“ wird das neue Abkommen, dessen Bestimmungen den kommenden Präliminarfriedensbedingungen gleich kommen, wahrscheinlich in etwa 10 Tagen vorgelegt werden können. Präsident Wilson, der über den Gang der Arbeiten der Konferenz stündlich unterrichtet wird, ist in allen Punkten mit den Alliierten einig.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 1. März. Aus der Sitzung vom 28. Februar erfahren wir: General Nudant überreichte den Text eines Gesetzentwurfs, der der französischen Kammer vorliegt und sicher angenommen werde, wie er erklärte. Das Gesetz soll die Ausgrabungen und Umbettungen von Leichen der im Kampf gefallenen französischen, verbündeten und feindlichen Soldaten verbieten. Dieser Gesetzentwurf zeige klar, daß die französische Regierung den Schutz aller Einzel- und Sammelgräber wie auch aller Friedhöfe, die deutsche Gräber enthalten, über-

nehme. Der deutsche Vorsitzende dankte für diese Mitteilungen, welche die Angehörigen der im französischen Boden ruhenden deutschen Toten beruhigen werden. Er bat den belgischen Vorsitzenden, dahin zu wirken, daß von seiten der belgischen Regierung eine ebenso wohlwollende Behandlung der Angelegenheit erfolge. Auf den deutschen Wunsch, den Mitgliedern der Generalversammlung des Konsistoriums der Rheinprovinz zur Teilnahme an der demnächst stattfindenden Tagung in Barmen die Ausreise aus dem besetzten Gebiet zu gestatten, teilte General Nudant mit, daß dieser Bitte nicht entsprochen werden könne. Es scheine bei mehreren Mitgliedern dieser Versammlung der Wunsch zu bestehen, sich der Kontrolle der alliierten Behörden zu entziehen. Der französische Oberbefehlshaber in Mainz würde die Ausreiseverweigerung verweigern. Auf einen seinerzeit gemeldeten deutschen Einspruch hin teilte General Nudant mit, daß der Abtransport von deutschem Heeresgut aus dem von der vierten französischen Armee besetzten Teil der neutralen Zone nunmehr ungehindert vor sich gehen könne. (Köln. Ztg.)

Generalfstreik in Berlin.

Berlin, 3. März. In der Beratung der Groß-Berliner Arbeiterräte erschienen am Nachmittag Abgesandte von den großen Werken, die der Versammlung mitteilten, daß die Arbeiterschaft in den Betrieben übereinstimmend den Eintritt in den Generalfstreik beschlossen habe. Die Versammlung beschloß darauf mit Zweidrittel Mehrheit den Eintritt in den Generalfstreik; die Mehrheitssozialisten enthielten sich der Abstimmung. Der Generalfstreik in den Großbetrieben soll entweder bereits heute oder morgen früh beginnen, mit Ausnahme der Einrichtungen für Lebensmittelversorgung, der Feuerwehr und des Sanitätswesens. Auch die Verkehrsmittel sollen in den Streik eintreten, ebenso die Elektrizitätsversorgung, Post und Telegraph, die Wirtschaften, Hotels, Dienstboten und die Presse. In politischer Beziehung fordert der Kongress in einer Entschließung Anerkennung der A.-S.-R.. Die heute morgen aus der „Roten Fahne“ mitgeteilten Forderungen der Spartakisten wurden in ihrer Gesamtheit abgelehnt, dagegen gefordert die Freilassung von Ledebour und Rabek, Aufhebung der Standgerichte, Wiederaufnahme der politischen Beziehun-

vor sich hin. Nur die eine Sehnsucht lebte in ihr, die Sehnsucht nach ihrem lieben stillen, Zimmer daheim. Sie sah es wieder vor sich, wie so oft in diesen letzten Tagen, wo das Heimweh sie mächtig packte und ihr das Herz zusammenpreßte. Ach, nur wieder daheim sein, den Kopf in die kühlen, sauberen Kissen wühlen dürfen und in wohligem Behagen den süßen Blumenduft einatmen, den der laue Nachtwind durch das geöffnete Fenster trug. Wie schön — wie schön war das! Wie wundervoll schloß es sich da ein, gewiegt von dem schmelzenden Schlag der Nachtigall! Sie träumte sich immer tiefer hinein in ihr Paradies, sie sah den Garten in seiner Frühlingspracht. Dort blühten jetzt Kleeblätter und Goldregen, Hyazinthen, Tulpen. Die Rosenstöcke hatten wohl schon kleine Knospen. Die Apfelbäume mit ihren lieblichen, rosa und weiß gesprenkelten Blüten, die Birnbäume wie überfät, wie beschneit mit dem duftigen Weiß. Der kleine Springbrunnen plätscherte dazu seine eintönige Melodie. Die Schwalben bauten schon Nester, alles atmete Frieden, tiefsten Frieden da draußen, weit ab von dem Lärm und der Unruhe der Stadt. Mit einem Male verlor das bunte herrliche Bild vor des Mädchens Augen.

Ein harter Finger hatte an die Türe geklopft und eine barsche, beschlende Stimme rief: „Sie schlafen wohl schon? Waschen Sie ihre Sachen! Meinetwegen können Sie die Nacht noch im Hause bleiben! Ich will nicht, daß es heißt, ich hätte Sie ohne Gnade auf die Straße geschickt! Aber morgen in aller Frühe müssen Sie fort!“

(Fortsetzung folgt.)

Das kleine Paradies.

Roman von Irene v. Hellmuth.

Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Gestohlen also, einfach gestohlen! So eine bodenlose Schlechtigkeit!“

Der Ring bleibt hier!“ entschied Berta. Er gehört zu des Onkels Inventar, dessen Erben wir sind! Mitin haben wir ein Recht darauf!“

Sie hatten keine längere Zeit zu Verhandlungen; ein Schlüssel drehte sich im Schloß, Maria war zurückgekommen. Sie fuhr mit leisem, erschrockenem Aufschrei zurück, als Ella sich ihr in den Weg stellte und mit haßfunkelnden Augen rief: „Ihres Bleibens ist nicht länger mehr in unserem Hause! Sie schamlose Person, — wir sind hinter ihre Schliche gekommen! Noch heute entfernen Sie sich!“

Sie wollte reden, sich verteidigen, aufklären — man ließ sie nicht zu Worte kommen. Mit weit aufgerissenen Augen hörte sie die Verdächtigungen an. Aber entsetzt schrie sie auf, als Berta ihr den Ring unter die Nase hielt und bößlich auslachend sie ansah: „Und gestohlen haben Sie auch! Diesen Ring hier! Er gehört Onkel Gottlieb!“

Maria konnte das Furchtbare dieser Anklage nicht gleich fassen. Sie hob die gefalteten Hände empor und flehte: „Ich bitte, halten Sie ein! Der Ring ist mein Eigentum! Ich kann es beschwören!“ Glauben Sie mir doch!“

„Beschwören Sie es lieber nicht! Es wäre Meineid!“

„So fragen Sie doch ihren Onkel, ob er mir den Ring nicht geschenkt hat. Er verbot mir zwar, davon zu sprechen, aber ich muß mich doch verteidigen!“

Alle Drei brachen in schallendes Gelächter aus.

„Geschenkt? Der Onkel hätte Ihnen diesen kostbaren Ring geschenkt? Da müssen Sie sich schon etwas anderes ausdenken! Der Onkel verschont überhaupt nichts! Es ist eine bodenlose Frechheit, so etwas zu behaupten. Wie oft habe ich ihn schon gebeten, mir das Kleinod zu überlassen. Aber immer umsonst! Nun sollte er Ihnen, die er gar nicht kennt, es schenken! Sie müssen uns für sehr töricht halten, daß Sie uns mit solchen Märchen kommen!“

Ella war ganz rot vor Zorn und Empörung. „Und nun, dort ist die Türe! Sofort entfernen Sie sich! Nicht eine Nacht dürfen Sie mehr hier bleiben! Wenn Sie nicht sofort gehen, so benachrichtigen wir die Polizei. Rechnen Sie es unserer Langmütigkeit zu, daß wir Sie nicht in sicheren Gewahrsam bringen lassen, wohin Sie eigentlich gehören! Denn mit einer Diebin und einer Herumstreunerin macht die Polizei bekanntlich wenig Umstände! Aber wir sind gutmütig genug, Sie wieder dahin gehen zu lassen, wo Sie diesen Abend waren. Der Galan wartet vielleicht noch unten!“

Maria machte keinen Versuch mehr, sich von dem schmählichen Verdacht zu reinigen, der auf ihr lag. Sie war überhaupt keines klaren Gedankens fähig. In ihrem Kopfe wirbelte es und sie sah, nachdem sie gegangen war, mit weit aufgerissenen Augen in ihrem Stübchen und starrte

gen zu Rußland, sofortige Auflösung der Freiwilligenkorps. Die Mörder von Liebknecht und Rosa Luxemburg sollen vor ein Revolutionsgericht gestellt werden. Die Vollversammlung wählte schon die Streikleitung. Die Versammlung selbst wird am Dienstag morgen wieder zusammentreten.

Erfolge der Spartakisten.

Berlin, 4. März. Sämtliche Polizeireviere im Innern der Stadt sind von den Spartakisten erstürmt und besetzt worden, denen alle vorhandenen Waffen und Munition in die Hände fielen. Der Telefonverkehr mit den Bezirken ist unterbrochen.

Die Lage in München.

Stuttgart, 1. März. Das „Neue Stuttgarter Tagblatt“ meldet aus München: Gestern nachmittag drang am Schluß einer Rede, die Minister Unterleimer im A.-S.-R. hielt, plötzlich ein Mann der Schutzwache mit zwei vorgehaltenen Revolvern in den Saal und rief: Hände hoch! Ihm folgten zwei weitere Mann. Eine ungeheure Panik entstand. Die Zuschauertribüne wurde sofort geräumt. Die Wache eilte ebenfalls sofort herbei. Dr. Lewin, Mühsam und Landauer und noch ein Verschwörer der Räte wurden verhaftet. Die Wachen im Landtag wurden sofort verdoppelt und niemand mehr zugelassen. Als bald sah man größere Abteilungen von Soldaten, auch bewaffnete, auf dem Wege zum Landtagsgebäude. In allen Straßen wurden Plakate angeschlagen, u. a. unterzeichnet von dem Stadtkommandanten und vorläufigen Militärminister und von der sozialistischen Mehrheitspartei, in denen die Bevölkerung aufgefordert wird, die Gewaltspolitik von Dr. Lewin und Genossen abzuschütteln.

Schredensherrschaft der Matrosen in München.

Wien, 3. März. Reisende, die aus München kamen, berichten, daß dort völlige Anarchie herrsche. 15 000 Matrosen, die sich Eisner aus Kiel hatte kommen lassen, üben eine rücksichtslose Schredensherrschaft aus. Sie rasen in Autos in der Stadt umher und nehmen den Bewohnern von Hotels und Bankhäusern Geld und Wertgegenstände ab, so auch dem Grafen Thurn und Taxis. Die Persönlichkeit des Mörders Eisners ist noch immer in Dunkel gehüllt. Er ist jetzt verhandlungsfähig, verweigert aber jede Auskunft. Ein Graf Arco ist er bestimmt nicht, denn die Familie Arco erklärt, daß von ihren Mitgliedern keines fehle. Der Graf Arco, dem die Tat zugeschrieben wird, hat eine im Kriege zerbrochene Hand, während des Mörders beide Hände unverletzt sind.

(Köln. Ztg.)

Unruhen in Spanien.

Amsterdam, 1. März. Das Reutersche Büro protestiert der Bevölkerung gegen die Lebensmittelmangel zu ernststen Unruhen kam. Schlächter- und Baderläden wurden gestürmt. Nach Verhängung des Standrechts wurde die Ordnung wieder hergestellt. Die Regierung hat sämtliche Badereien übernommen. Romanones erklärte, daß die Proteste der Bevölkerung gegen die Lebensmittelhölder derart an Umfang zugenommen hätten, daß es notwendig sei, ernste Vorsichtsmaßnahmen zu treffen. Truppen patrouillierten in den bevölkersten Teilen der Bortie, wo auch Maschinen- und Artillerie aufgestellt wurden.

Die Nationalversammlung.

17. Sitzung.

Weimar, 28. Februar.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10.20 Uhr.

Die dritte Beratung des Entwurfes eines Übergangsgesetzes wird auf Vorschlag des Präsidenten auf morgen verschoben. Das Haus tritt in die Beratung des Entwurfes einer

Verfassung des Deutschen Reiches

ein.

Abg. Fischer-Berlin (Soz.): Wir werden beantragen, statt Verfassung des Reiches zu sagen: Verfassung der deutschen Republik. Grundsätzlich sind wir Anhänger des Einheitsstaates und verlangen, daß auf allen Gebieten der Schritt vom Partikularismus zur Einheit mit aller Rücksichtslosigkeit getan wird. Unsere endgültige Stellungnahme zum Reichsrat und Reichspräsidenten behalten wir uns vor. Die organisierte Arbeiterschaft ist ein wirtschaftlicher und politischer Machtfaktor geworden, der diese Anerkennung auch in der Verfassung beansprucht. Den Arbeiter- und Soldatenräten, deren politische Funktionen heute gegenstandslos geworden sind, verbleibt auf wirtschaftlichem Gebiete nach wie vor ein weites Feld. Es wird Aufgabe der Regierung sein, auf dem Gebiete des Schulwesens die Schritte zu tun, die die neue Zeit erfordert. Dem Reichsrat muß man die Verantwortung lassen, ob er daran das Verfassungswerk scheitern lassen will. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Abg. Spahn (Zentr.): Aus territorialen, ethnographischen und kulturellen Gründen wird das Reich auch als Republik ein Bundesstaat bleiben. Mit dem Wegfall des Herrscherhauses hat das Interesse am Staate Preußen in weiten Kreisen weßlich der Elbe nachgelassen. Es wäre

ein tragisches Geschick, wenn man in der Preußenfrage den Neuaufbau des Reiches scheitern lasse. Uns alle muß die Ueberzeugung durchdringen, daß Wirtschaftsdienst Volksdienst ist, daß aus dem Recht auf Arbeit die Pflicht zur Arbeit abzuleiten ist. Allgemein eignet sich die Industrie nicht zur Sozialisierung. Jetzt dürfen wir keine Experimente machen, die an die Wurzeln unsers Wirtschaftslebens greifen. Die Volkswahl des Reichspräsidenten schwächt die Stellung des Parlaments. Die Exekutive der Reichsleitung wird durch sie gestärkt. Bei den hohen Reichsausgaben wird die Inanspruchnahme der direkten Steuern durch das Reich nicht vermeidbar sein. Möge nach Abschluß der Verhandlungen Gottes Sonne strahlen im Frieden auf ein glückliches Deutsches Reich.

Abg. v. Delbrück (Deutschnat. Vp.): Wir sind der Meinung, daß die demokratische Monarchie, wie sie letzten Herbst bei uns entstanden war, völlig ausgereicht hätte, um auch die weitgehendsten Ziele der äußersten Linken zu verwirklichen. Auch die Person des Kaisers hätte dabei nicht im Wege gestanden. Der neue Entwurf enthält viele Mängel des alten Zustandes, aber gerade die wertvollsten Punkte der Bismarckschen Gedanken fehlen in ihm. Der Entwurf ist ein Gesetz zur allmählichen Auflösung des Deutschen Reiches. Für ein glattes Arbeiten der Reichsregierung ist ein kollegiales Ministerium das erste Erfordernis. Unbedingt muß eine zweedmäßige Lösung in der Frage der Aufteilung Preußens und der Zusammensetzung verschiedener Kleinstaaten gefunden werden. Auch wir werden bestrebt sein, das Äußere zu tun, um aus diesem Entwurf ein brauchbares Instrument für die zukünftige Regierung und Verwaltung im Reich zu machen. Wie wir uns letzten Endes dazu stellen werden, wird abhängen von der Gestaltung, die der Entwurf in den weiteren Bearbeitungen finden wird.

Gegen 2 Uhr wird die Weiterberatung ausgesetzt. Am 4.20 Uhr werden die Verhandlungen wieder begonnen.

Abg. Koch-Kassel (Dem.): Die Demokratie legt der Regierung die Pflicht auf, den Willen des Volkes einer widerständigen Minderheit gegenüber zu vollstrecken. Wir werden die Regierung darin unterstützen. Eine moderne Regierung kann ihren Willen nur dann kraftvoll durchsetzen, wenn sie sich auf eine starke parlamentarische Mehrheit stützen kann. Die Herren von der Opposition haben jetzt in der schwersten Stunde des Vaterlandes sehr schnell gelernt, sich zu einer unverantwortlichen und verantwortungslosen Opposition umzuwandeln. Die Monarchie haben wir dem neuen Gebäude nicht einfügen können. Sie hätte erhalten bleiben können, wenn sie sich rechtzeitig den Forderungen der Gegenwart angepaßt hätte. So aber ist es unmöglich, sie wieder einzurichten. Den Reichspräsidenten wollen wir nicht zu einer Repräsentationsfigur werden lassen. Es ist wenig neuer Wein in die alten Schläuche getan worden. Die großen sozialen Grundgedanken unserer Zeit hätten durch den Gesetzentwurf stärker betont werden müssen. Wir hoffen in der Kommission auch den Gedanken der Reicheinheit in der Verfassung schärfer durchsetzen zu können. Die in dem Entwurf dem Reiche übertragenen Zuständigkeit erscheinen uns durchweg unzureichend; am schlimmsten sind die Reserven der Bundesstaaten. Wir hoffen, hier wird eine kraftvolle Operation gelingen. Vergewaltigung mit der Faust paßt in die neue Zeit nicht mehr hinein. Die neuen politischen Schaumgebilde werden schon durch die finanziellen Nöte verschwinden.

Abg. Heinze (Deutsche Vp.): Zu dem Zwecke der Verankerung der Reicheinheit muß vor allen Dingen mit dem Programm der Uebertragung der Heeres- und Verkehrseinrichtungen auf das Reich Ernst gemacht werden. Dabei sind wir der Meinung, daß die deutsche Verfassung aufgebaut werden muß auf der Grundlage des Bundesstaats. Wir halten fest an den Farben Schwarz-weiß-rot. Etwas von dem Geiste, der uns groß gemacht hat, sollte uns auch bei der Erledigung dieses Verfassungswerks leiten.

Abg. Cohn (Unabh. Soz.): Der Entwurf bietet nur Halbbeiten. Der Reichspräsident müßte die Verpflichtung haben, in jedem Jahr einen Bericht über die Lage des Reiches zu geben. Die Hauptsache ist, daß der Sozialismus auch in die Gesinnung aller Volksglieder dringt. Nur wenn die Verfassung uns die Mittel dazu gibt, eine solche Gesinnung zu vertiefen, wird sie ein Werk, auf das unsere Enkel stolz sein können. Das Haus verlagert sich darauf bis Samstag 10 Uhr: Anträge und kleine Vorlagen. — Schluß 7 Uhr.

18. Sitzung.

Weimar, 1. März.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung nach 10.15 Uhr. Der Abg. Merges (Braunschweig) hat das Mandat niedergelegt.

Es folgt die erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfes, betreffend Verbot desagio-Handels mit deutschen Banknoten und Darlehensscheinen. Auf Vorschlag des Präsidenten wird damit verbunden die erste und zweite Beratung des Gesetzentwurfes zur Abänderung der Verordnung über ausländische Wertpapiere vom 22. März 1917, sowie des Gesetzentwurfes über

die Einsiedelung von Schriften, Drucksachen, Wertpapieren und Zahlungsmitteln beim Grenzübergang nach dem Ausland. Die drei Gesetzentwürfe werden in allen drei Lesungen angenommen.

Die Abg. Löwe (Soz.), Gröber (Zentr.) und v. Payer (Dem.) beantragen einen Gesetzentwurf, der die Reichsregierung ermächtigt, während der Tagung der Nationalversammlung diejenigen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen mit gesetzlicher Wirkung anzuordnen, die sich zur Durchführung der mit den Gegnern des Deutschen Reiches vereinbarten Waffenstillstandsbedingungen als notwendig erweisen. Diese Verordnungen sind der Nationalversammlung alsbald zur Kenntnis zu bringen und auf ihr Verlangen aufzuheben. Das Gesetz soll mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft treten.

Der Gesetzentwurf wird ohne Aussprache in allen drei Lesungen angenommen, ebenso ohne Erörterung die Vorlage zum Schutz gegen die Folgen der Verkehrserschwerung (Verlängerung von Zahlungsfristen, Einstellung der Zwangsvollstreckung, wenn infolge der Verkehrserschwerung durch die Besetzung die Lage des Schuldners wesentlich verschlechtert ist).

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfes, durch den für Leistungen, die in den von den feindlichen Heeren besetzten Reichsgebieten außer Elsaß-Lothringen, gemäß den Waffenstillstandsverträgen, für den Unterhalt der feindlichen Besatzungstruppen oder auf Grund von Requisitionen bewirkt worden sind, Vergütung gewährt werden soll.

Die Vorlage wird in zweiter und auch in dritter Lesung einstimmig angenommen. — Es folgt die dritte Beratung des Entwurfes eines Übergangsgesetzes.

Abg. Schneider-Sachsen (Dem.) bemängelt die kurz vor Zusammentritt der Nationalversammlung vom Rat der Volksbeauftragten erlassenen Verordnungen über die Reichsversicherungsordnung.

Abg. Dr. Roefide (D.-N. Vt.): Viele der Verordnungen tragen rein politischen Charakter. Besondere Aufmerksamkeit verdient die Verordnung über die Sicherung der Acker- und Gartenbestellung. Es ist ein Wahn, zu glauben, daß man mit einer Verordnung, wonach bestimmte Ackerzwangsweise bestellt werden sollen, die Produktivität der Landwirte vermehrt. Die Mittel, die Bestellung zu fördern, sind außerordentlich schlecht; um so notwendiger ist es, die Landarbeiter bei guten Dingen zu erhalten. Die ganze Zwangswirtschaft verdirbt die Moral und hat sie schon gründlich verdorben.

Abg. Dr. Braun-Düsseldorf (Soz.): Dem Abgeordneten Dr. Roefide antworte ich: Von allen Verordnungen, die nach der Revolution erlassen worden sind, ist die von Ihnen angefochtene landwirtschaftliche Verordnung eine der wertvollsten und wichtigsten, deren Aufrechterhaltung unter allen Umständen geboten erscheint. Von einer Nutzenteignung oder gar von einem schreienden Unrecht gegen die Landwirtschaft kann keine Rede sein, im Gegenteil, wenn der Staat es sich gefallen ließe, daß unfähige oder gleichgültige Landwirte ihre Pflichten gegenüber der Allgemeinheit nicht erfüllen, so wäre das das schwerste Unrecht gegen die Gesamtbevölkerung. Das Volkswohl steht auch in diesem Falle über das Privatinteresse.

Abg. Winnefeldt (lib.): Alle Verordnungen der Volksbeauftragten müssen in einer Kommission gründlich nachgeprüft werden.

Abg. Wurm (Unabh.): Die von Dr. Roefide jetzt so scharf bekämpfte Verordnung haben die Agrarier so lange ohne Widerspruch hingenommen, wie sie wußten, daß sie durch die Verwaltung die Macht im Staate hatten. Jetzt, wo diese Macht gebrochen ist, fürchten sie, daß die Verordnung nicht nur auf dem Papier geschrieben bleibt, sondern verwirklicht wird.

Auf Vorschlag des Präsidenten Fehrenbach wird um 1 Uhr die Weiterberatung auf 2 1/2 Uhr nachmittags verlagert.

Nachmittags-sitzung.

Weimar, 1. März. In der Nachmittags-sitzung wurde das auf der Tagesordnung stehende Ermächtigungsgesetz nach weiteren Ausführungen der einzelnen Parteirechner, die sich in der Hauptsache mit der gegenwärtigen Streiklage in Mitteldeutschland beschäftigten, auch in dritter Lesung angenommen. In der Gesamtstimmung gelangte das Gesetz dann mit großer Mehrheit zur Annahme. Von besonderem Interesse waren die Ausführungen des Reichsarbeitsministers Bauer, der eingehend über die Verhandlungen, die am 13. und 14. Februar in Weimar mit den Vertretern der Bergarbeiter des Ruhrgebietes über die Frage der Betriebsräte stattgefunden hatten, berichtete. In diesen Verhandlungen war ein volles Einverständnis erzielt worden. Trotzdem sind die Unterhändler später in den Generallstreik eingetreten. Der Generallstreik in Halle wurde aus politischen Gründen beschloffen. Es ist leider doch wahr, daß es Arbeiterführer gibt, die in ziemlich leichtfertiger Weise Streiks anzetteln, nur, um politische Geschäfte zu machen. Es ist das Bestreben, durch ewige Beunruhigung unseres Wirtschaftslebens die Vorbedingung für eine neue Revolution und damit für die Einführung der Räterepublik zu schaffen; ähnlich liegen die Dinge

mit der Sozialisierung. Weil sie im Augenblick nicht durchgeführt werden kann, sucht man die Arbeiter in demagogischer Weise mit Misstrauen gegen die Regierung zu erfüllen. Dabei kann ich anführen, daß die Dinge schon in Fluß sind und daß der Nationalversammlung in kürzester Frist eine Vorlage zugehen wird, die die Übernahme des Kohlenverkehrs auf das Reich als erste Maßnahme vorsieht.

19. Sitzung.

Weimar, 3. März.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10.15 Uhr mit folgenden Worten, welche die Mitglieder des Hauses, mit Ausnahme der unabhängigen Sozialisten, stehend anhören: Gestern sind unsere Ostafrikaner feierlich in die Reichshauptstadt eingezogen. Es ist der parlamentarischen Vertretung des deutschen Volkes nicht vergönnt gewesen, sie am Brandenburger Tor zu begrüßen. Dafür soll von hier aus der herzlichste Gruß in der deutschen Heimat willkommen heißen. (Allgemeine Zustimmung.)

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Beratung zum Verfassungsentwurf.

Reichsminister Dr. Preuß: Die Verfassung kann sich auf Einzelheiten nicht einlassen; ihre Aufgabe kann nur sein, die Zuständigkeit des Reiches für das, was wir jetzt Sozialisierung nennen, in möglichst weitgehendem Maße festzustellen. Von ziemlich entgegengesetzten Standpunkten aus ist die Stellung des Reichspräsidenten kritisiert worden. Von der einen Seite wurde gesagt, ihm seien zu weitgehende Machtbefugnisse beigelegt, und von der anderen Seite, seine staatsrechtliche Stellung sei noch nicht stark genug. Es entspricht nicht der Würde des Reichspräsidenten, eventuell für strafrechtliche Handlungen verantwortlich gemacht zu werden, noch weniger aber entspricht es der Würde des Reichspräsidenten, strafrechtliche Handlungen zu begehen. (Sehr gut!) Wir wollen vom Standpunkt der Demokratie aus die unbedingte Unterwerfung auch des Reichsoberhauptes unter Recht und Gesetz respektlos durchführen. In der Verantwortlichkeit dem Gesetz gegenüber soll kein Unterschied sein zwischen dem Reichsoberhaupt und dem geringsten Bürger. Die einzig möglich tragfähige Grundlage ist die demokratische Selbstbestimmung des Volkes. Das Bekenntnis der Redner von der Rechten zu einer Stärkung des Reiches ist uns besonders wertvoll. Dabei muß ich allerdings sagen, daß mich die Worte des Abgeordneten Dr. Heinke etwas an die Politik der nationalliberalen Partei in ihrer Blütezeit erinnern: in der ersten Lesung das volle Bekenntnis zu den Grundsätzen des Liberalismus, in der zweiten Lesung Erwägungen, daß auch die konservativen Gesichtspunkte von Bedeutung seien und in dritter Lesung im großen und ganzen Annahme der konservativen Vorschläge. (Heiterkeit.) So stellte der Abgeordnete Heinke auch an die Spitze den Satz: Alles für das Reich; dann kommen die Übers und zuletzt die Verweigerung der wichtigsten Dinge, die das Reich braucht. (Sehr richtig! links.) Große und wichtige Teile der Verfassung sind in voller Uebereinstimmung mit den Grundsätzen aus den Beratungen hervorgegangen. Der Widerstand der Gliedstaaten gegen die Aufhebung gewisser Sonderrechte kann man von ihrem Standpunkt aus begreifen. Nachdem sie gezeigt haben, mit welcher Bravour sie an diesen Rechten festzuhalten versuchen, und nachdem sie mit einem nahezu geschlossenen Willen der Nationalversammlung gegenüberstehen, hoffe ich, daß nunmehr eine friedliche und freundschaftliche Vereinbarung zu erzielen sein wird im Sinne einer Vereinheitlichung der Reichsgewalt auf dem Gebiete des Militär- und Verkehrswesens. Man hat der Regierung Schwäche vorgeworfen. Das weitere Schicksal der Verfassungsvorlage wird hoffentlich zeigen, wie stark eine demokratische Regierung ist, wenn sie getragen wird von einer geschlossenen Volksvertretung. (Lebhafte Zustimmung.)

Abg. Alpers (Hannov.) spricht gegen die Gefahren des preussischen Zentralismus. Wir haben bei der Reichsregierung eine Volksabstimmung beantragt und sind sicher, daß dabei eine gewaltige Mehrheit für das freie Hannover entscheiden wird.

Preussischer Justizminister Heine: Was der Herr Redner fordert, kommt einer Zerstückelung Preußens gleich. Die aber ist unvereinbar mit der Wiederherstellung eines starken Reiches. Man darf sich zur Begründung dafür auch nicht auf alte historische Momente stützen. Die alten dynastischen Sünden sind für heute kein Beweis mehr. Nur was augenblicklich ist und sein muß, kann überzeugen. Wir wollen nicht zurückweichen, sondern vorwärts. Preußen hat sich bereit erklärt, daß sein Heer zum Reichsheer, seine Eisenbahn zur Reichseisenbahn gemacht würde. Es hat die größten Zugeständnisse auf finanzpolitischen Gebieten gemacht. Preußen kann nun aber auch erwarten, daß es, nachdem es sich der Einheit des Reiches so weitgehend zur Verfügung gestellt hat, eine gleiche Bereitwilligkeit von anderer Seite erfährt. (Sehr richtig!)

Abg. Vogel (Sax.): Mit einem Schlage die ganze bestehende Gesellschaftsordnung umzukrempeln, ist unmöglich. Die Sozialisierung kann nur schrittweise und sie kann nur für ganz bestimmte Zweige, nicht für einzelne Betriebe erfolgen. Die gesamten Bodenschätze müssen umgehend in den Besitz des Staates übergeführt werden, und zwar kann das ohne jede Entschädigung geschehen. (Hört! Hört! rechts; Beifall bei den Sozialisten.) Das wertvollste Gut der Nation, die Arbeitskraft, muß unter den Schutz des Reiches gestellt werden. Gewisse Grundzüge auf dem Gebiete der Volksschule müssen durch das Reich geregelt werden und ein Mindestmaß von guter Volksschulbildung muß für jedes deutsche Kind hergestellt sein. Unsere endgültige Stellungnahme zur Präsidentenfrage wird davon abhängen, welche Aufgaben und Befugnisse dem Präsidenten zugebilligt werden sollen.

Darauf wird die Weiterberatung bis 4 Uhr ausgesetzt.

Nachmittagssitzung.

Die Verhandlungen werden 4.20 Uhr wieder aufgenommen.

Abg. Dr. Beyerle (Zentr.) will, in Uebereinstimmung mit der bayerischen Volkspartei, die Rechte der Gliedstaaten gewahrt wissen. Der Entwurf enthält ihm zu weitgehende Zugeständnisse an den Unitarismus.

Minister Preuß widerspricht der Grundtendenz der Rede Beyerles.

Abg. Dr. Düringer (Deutschnall.) hat auszugehen, daß der Entwurf zu weitreichend sei. Der Redner erhebt gegen Zerrüttungsabsichten schärfsten Einspruch.

Abg. Schüding (Dem.) meint, daß das Verfassungswerk für das deutsche Volk eine Wiedergeburt bedeute und den Sieg des wahrhaft deutschen Geistes über den Verfallsgeist darstelle.

Abg. Tolsborn (Welfe) ist gegen den Justizminister Heine. Die Deutsch-Hannoveraner verlangen Selbständigkeit.

Reichsjustizminister Heine betont, daß innerhalb der preussischen Regierung keine Absicht zur Hegemonie Preußens bestehe.

Darauf wird die Weiterberatung auf Dienstag 3 Uhr festgesetzt. — Schluß 7 1/2 Uhr.

Aus nah und fern.

Idstein, den 7. März 1919.

— Vergütung der Besetzungskosten. Der Nationalversammlung ist ein Gesetzentwurf zugegangen, über die Vergütung von Leistungen für die feindlichen Heere im besetzten Reichsgebiet und über die vereinfachte Abschätzung von Kriegseinsparungen für das deutsche Heer. Dieser Beunruhigung will der Entwurf dadurch steuern, daß die Vergütung der Leistungen ohne jeden Verzug geregelt wird. Er geht davon aus, daß die bloße Uebertragung der Vorschriften des Reichsgesetzes vom 13. Juni 1873 auf die Leistungen für die feindlichen Heere sowohl in materieller wie in formeller Hinsicht nicht ausreichen würden, um einerseits den Interessen der Betroffenen, andererseits denen des Reiches volle Rechnung zu tragen. Es wird deshalb vorgeschlagen, die Vorschriften des Kriegseinsparungsgesetzes nur materiell und auch in dieser Hinsicht nur insoweit für anwendbar zu erklären, als die Leistungen an die feindlichen Heere sich mit denen decken, die nach dem Gesetz vom 13. Juni 1873 der deutschen bewaffneten Macht zu gewähren sind, im übrigen aber neue, der veränderten Sachlage entsprechende Bestimmungen zu treffen. Die Einbringung des Entwurfs bietet zugleich die gewünschte Gelegenheit, eine Schwierigkeit zu beseitigen, die sich für die Durchführung des Kriegseinsparungsgesetzes mit der Räumung der westlichen Gebietsteile des Reichs durch die deutschen Truppen für die Abschätzung der Leistungsvergütung ergeben hat und die gleichfalls ihrer Ursache nach ein dringendes gesetzgeberisches Eingreifen erheischt.

Wiesbaden, 4. März. Zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt wurde der Raubmörder Renno aus Münster im Taunus, welcher bekanntlich im Höcker Brauhaus während der Nacht einen Mann im Schlaf überfallen, getötet und beraubt hatte. Renno war vom hiesigen Schwurgericht zum Tod verurteilt worden.

Schierstein, 4. März. Der älteste Sohn des Inhabers des Restaurants „Zum Anker“, der Metzger Eduard Schäfer, ist in Düsseldorf bei den durch die Spartakisten hervorgerufenen Unruhen in einer Wirtshaft erschossen worden.

Vom Rhein, 1. März. Ein gefuchter Artikel sind zurzeit Kartoffeln, an denen eine bedenkliche Knappheit nicht nur in den Städten, sondern auch in vielen größeren Landorten mit überwiegender Weinbau herrscht. In zahlreichen Gemeinden treibt die Kartoffelnot die Leute zu den seltsamsten Tauschgeschäften. Der eine bietet gegen Kartoffeln Kohlen, ein anderer Seife, ein dritter guten Wein oder Kognak und andere derartige Dinge an. Die gegen Bargeld abgegebenen Kartoffeln werden anstandslos mit 15 Pfennig und noch höher pro Pfund bezahlt. Die Kartoffelnot macht sich umso empfindlicher bemerkbar, als auch an Gemüsen jetzt großer Mangel herrscht.

Vom Niederrhein. Größere Sendungen Serringe bieten holländische Großfirmen jetzt an. Es steht zu hoffen, daß wir in absehbarer Zeit diese so außerordentlich nahrhafte Volksnahrung in größeren Mengen und zu angemessenen Preisen erhalten werden.

Frankfurt a. M., 3. März. Die gestrigen Stadtverordnetenwahlen ergaben folgendes Resultat: Zentrum 20 430 (12 Sitze), Sozialdemokraten 57 510 (35 Sitze), Unabhängige Sozialdemokratie 13 448 (9 Sitze), Demokraten 37 855 (22 Sitze), Nationalliberale 15 387 (9 Sitze), Konservative 9392 (6 Sitze), Mittelstandspartei 4789 (3 Sitze). Die Beteiligung an der Wahl war schwach. Besonders auffällig ist der Stimmenrückgang bei den Sozialdemokraten.

Ostfriesen, 28. Febr. Unserem Bürgermeister wurde gemeldet, daß ein Gewehr der französischen Besatzung mit Munition aus einem Hause der Hauptstraße gestohlen worden sei. Es wurde ihm zur Herbeischaffung bis Dienstag eine Frist gesetzt, sonst würde der Gemeinde eine Buße von 20000 M und eine dreifache Besatzung auferlegt, sowie Bestrafung des Bürgermeisters. Es gelang dank eifriger Bemühungen, das Gewehr mit Munition in einem Gebiete zu finden, wo schon lange der Verdacht bestand, daß gewilbert wird.

Leipzig, 1. März. Der gestrige Tag des Generalstreiks ist im allgemeinen ruhig verlaufen. Der Konflikt zwischen der Amtshauptmannschaft und dem A.-S.-N. wegen Schließung der Lebensmittelstellen hat zur Verhaftung des Amtshauptmanns v. Hül durch den A.-S.-N. geführt. Der Bürgerausschuß hat daraufhin beschlossen, die Kartenstellen wieder für den Verkauf zu öffnen. Die Knappheit der Warenvorräte hat einen Sturm auf die Lebensmittelgeschäfte hervorgerufen. Die Leipziger Lehrer haben beschlossen, bis zum Dienstag im Ausstand zu verharren. Der Vormarsch der Regierungstruppen auf Halle dauert fort. Starke Kräfte haben Aposda passiert. Die Telefonverbindung mit Zeitz ist unterbrochen.

Kassel, 4. März. In Bad Wildungen ist eine größere Schar Spartakisten in zwanzig Panzer-

autos aus dem Westfälischen eingetroffen. Sie sollen sich angeblich auf der Durchreise über Marburg in die Gegend von Frankfurt a. M. befinden.

Hannover, 3. März. In der Provinz Hannover wurden in der Nacht zum Samstag in bäuerlichen Ortschaften von bewaffneten Räuberbanden, die Raubzüge unternommen hatten, fünf Personen getötet. Verschiedene Landwirte beginnen jetzt, zum Schutze ihres Eigentums ihre Stallungen mit Stacheldrähten zu umgeben, die mit elektrischer Hochspannung geladen sind.

Leipzig, 4. März. Der allgemeine Ausstand der Bürger und Arbeiter dauert auch heute fort. Zu größeren Ruhestörungen ist es nicht gekommen. In den Kreisen der bürgerlichen Ausstandsleitung wird die Hoffnung ausgesprochen, daß der Ausstand der Arbeiter in einigen Tagen niedergegangen sein werde.

Berlin, 4. März. Die in Berlin versammelten Mitglieder der demokratischen Fraktion der preussischen Landesversammlung aus 12 Wahlbezirken des Staates erheben schärfsten Widerspruch, daß der Zusammentritt der Landesversammlung auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben wurde.

Amsterdam, 4. März. Aus Brüssel wird gemeldet, daß nach vom Kabinett erhaltenen Mitteilungen die britische Regierung beschlossen hat, den englischen Industriellen und Kaufleuten zu erlauben, mit den Bewohnern des linken Rheinufers Handelsbeziehungen anzuknüpfen.

Kirchliche Nachrichten.

Evang. Kirche zu Idstein.

Sonntag, den 9. März 1919, Invocavit.

Mittwoch 10 Uhr. Predigt: 80, 81, 84, 85, 1-3 und 6.

Pfarrer Moser.

Katholische Kirche zu Idstein.

9. März. Erster Fastensonntag: Morgens 10 Uhr Hochamt mit Predigt.

Nachmittags 2 Uhr Kreuzwegandacht mit Sakrament. Segen.

Montag, den 10. d. Mts. und Dienstag, den 11. d. Mts.: Abends 5 Uhr Fastenandacht.

Pfarrer Fischer.

Evg. Kirche zu Niedernhausen.

Sonntag, den 9. März, Invocavit. Nachm. 1/2 2 Uhr Gottesdienst.

Pfarrer Diez.

Trotz Kohlennot

kann jedes Dach sofort in Stand gesetzt werden. Die Ambi-Dachstein-Maschine liefert Falzziegel, Pfannen, Kronen usw. im Handbetrieb

Anfragen an:

Ambi Abl. II K. Charlottenburg 9

Arthur Müller Bauten u. Industriewerke
Goldene Medaille u. Staatspreis
vom Reichsverband für sparsame Bauweise.

Zur gefl. Beachtung!

Den geehrten Einwohnern von Idstein und Umgegend zur gefl. Nachricht, daß ich im Besitze von Feder und Dayer in der Lage bin, alle Aufträge ausführen zu können.

Gustav Rübsaamen, Sattlermeister.

Frau od. Mädchen

morgens v. 9—12 Uhr gef. R. Höpfer, Göttestr. 3.

Gebildete Dame

sucht schriftliche Betätigung, evtl. stundenweise. Offerte u. K. 24 an den Verl.

Ehrliches, fleißiges

Mädchen

zum baldigen Eintritt gesucht. Näheres im Verl. der Idst. Ztg.

Ein braver, ehlicher Junge kann das

Schlosserhandwerk

erl. bei Gg. Menke, Schlossermeister, Cypstein.

Junger Mann sucht gut möbliertes Zimmer mit voller Pension zu Beginn des neuen Semesters der Baugewerkschule. Angebote unter Nr. 320 an den Verl. der Idst. Ztg.

Ein Paar neue Schaftstiefel sowie ein Paar Schnürschuhe Größe 40/42 billig zu verkaufen.

Beitenmühlweg 7.

Bekanntmachung

betr. Ausfüllung der Ausweis-Anträge.

Wenn auch bei Ausfüllung der Rubrik „Personalbeschreibung“ der Hinweis auf die Legitimationskarte als hinreichend zugelassen wird, so ist doch die Angabe des Alters in dieser Personalbeschreibung auf dem Ausweis unbedingt erforderlich.

Idstein, den 6. März 1919.

Le Commandant d'arrondissement d'Etapes:
gez. Mondelli.

Führung der Viehbestandsbogen.

Auf die Verordnung der Bezirksfleischstelle vom 26. 5. 1918, nebst Kreisausführungsanweisung vom 15. 6. 1918, Kreisblatt Nr. 148, wird hingewiesen.

Die Führung der Viehbestandsbogen ist zur Zeit eine der wichtigsten Aufgaben der Gemeindebehörden. Die Viehbestandsbogen bilden ein wirksames Mittel zur Überwachung der für die Aufrechterhaltung der Existenz der Landwirte unerlässlichen Viehbestände. Durch die leider fortgesetzt festgestellten Geheimverkäufe wird nicht nur die Allgemeinheit, sondern in erster Linie die eigenen Existenzen der Landwirte gefährdet. Trotz der außergewöhnlich schwierigen Verhältnisse und den großen Viehpflichtlieferungen läßt es sich der Kommunalverband angelegen sein, den Betrieben die unbedingt nötigen Viehbestände zu erhalten.

Eine Nachprüfung der Viehbestandsbogen durch Beauftragte des Kommunalverbands findet demnächst statt.

Kangenschwalbach, den 21. Februar 1919.

Der Landrat: v. Trotha.

Vorstehende Verordnung wird unter dem Hinzufügen veröffentlicht, daß alle Ab- und Zugänge sofort bei dem mit der Berichtigung der Viehbestandsbogen beauftragten Beamten des diesseitigen Büros zu melden sind.

Idstein, den 6. März 1919.

Der Bürgermeister: Leichtfuß.

Fleischverkauf.

Samstag wird verkauft in den Geschäften von Baum, Danneberg, Hef, Hoffmann, Reichard, Roos und Schütz:

Fleisch das Pfd. 2.20 M

Wurst „ 1.80

Der Verkauf ist wie folgt geregelt:

Buchstabe	1. R.	nachm.	1. Uhr
"	A B	"	1 1/2 "
"	C D E F	"	2 "
"	G H I J	"	2 1/2 "
"	K L M N	"	3 "
"	O P Q R	"	3 1/2 "
"	S T U V W X	"	4 "
"	Y Z	"	4 1/2 "
"	"	"	5 "

Rundhönig

auf Lebensmittelliste 100 = 1/2 Pfund zu 25 Pfg. in den Geschäften von Ott, Lang und Recker.

Karten-Ausgabe.

Die Ausgabe besonderer Karten für Mehl erfolgt gegen Vorlage der Brotsammlerkarten Dienstag nachmittags im Rathaus, Lebensmittelamt in nachstehender Reihenfolge:

Buchstabe	1. R.	1. Uhr
"	A B	1 1/2 "
"	C D E F	2 "
"	G H I J	2 1/2 "
"	K L M N	3 "
"	O P Q R	3 1/2 "
"	S T U V W X	4 "

Bezüglich dieser Karten wird auf den Aushang am Rathaus verwiesen. Die Bestimmungen sind genau zu beachten. Ueber den Zeitpunkt der Ausgabe erfolgt noch nähere Bekanntmachung.

Idstein, den 7. März 1919.

Der Magistrat: Leichtfuß.

Stadtkasse Idstein.

Die vom Heeresdienst Entlassenen und im Rechnungsjahr 1918/19 zur Staatssteuer Veranlagt, haben vom 1. des folgenden Monats nach der Entlassung ihre Steuer wieder zu entrichten.

Der Stadtrechner.

Ein
schönes

Zuchtrind



5 1/2 Monate alt, zu verk.; nehme evtl. eine Ziege od. Springer in Tausch. Friedr. Wohlfahrt, Voetenhausen, Reugasse 7.

Eine Wiese

im Gerloß (Idsteiner Gemarkung) zu verkaufen.
Aug. Rücker, Benzhausen.

Ein
oder zwei

Aecker

zu pachten gesucht. Näh. im Verl. der Idst. Ztg.

Ein Nußbaum-Stamm,

2,45 m lang, 36 cm Durchmesser, zu verkaufen.
Wilhelm Kaltwasser, Eschenhahn.

Holzversteigerung

In dem hiesigen Stadtwald wird folgendes Gehölz versteigert:

Montag, den 10. März ds. Js., vormittags 10 Uhr beginnend, im

Distrikt Schindkaut (an der Escher Straße):

149	Raummeter	eichen Knüppelholz
53	"	Reiser
5	"	buchen Scheitholz
115	"	Knüppelholz
1820	buchen	Wellen.

Freitag, den 14. März ds. Js., vormittags

9 Uhr beginnend, in den Distrikten

Zinsgraben, Eichelstück, Heidekopf

9	Raummeter	buchen Scheitholz
54	"	Knüppelholz
29	"	Reiser
154	"	eichen Knüppelholz
141	"	Reiser
68	"	Nadelholzknüppel.

Anfang im Zinsgraben.

Auswärtige Personen und Holzhändler werden als Steigerer nicht zugelassen.

Holzversteigerung.

Mittwoch, den 12. März d. Js., vormittags 10 Uhr beginnend, wird in dem hiesigen Stadtwald in den Distrikten

Hohenkangel u. Steinritsch

folgendes Gehölz versteigert:

163	rm	buchen Scheitholz
575	"	Knüppelholz
11525	"	Wellen.

Anfang an der Hohenkangel.

Idstein, den 6. März 1919.

Der Magistrat:

Leichtfuß, Bürgermeister.

Holzversteigerung

der Oberförsterei Idstein

am Dienstag, den 11. März 1919, vorm. 10 Uhr, in der Gastwirtschaft von Phil. Prag in Engenhahn. Schupbez. Engenhahn, Distr. 1,2 Cäsars-hag, 5a Benjaminshag, 10,12 Hohenwald. Buchen: 7 Stämme mit 3,46 fm, etwa 740 rm Scheit und Knüppel (1,2 m lang), 330 rm Reiser I. Klasse. Nadelholz: 123 Stämme mit 56,44 fm (Grubenholz), 17 rm Knüppel, 3 rm Reiser I. Klasse.

Thomasmehl

zu haben bei

Eich & Mauf.

Einem jüngeren

Knecht,

der mit allen landw. Arbeiten vertraut ist, gesucht. Näh. im Verl. der Idst. Ztg.

Verdingung.

Zum Neubau der 1500 m langen Straße des Bismarckweges Idstein-Ehrenbach in den Gemarkungen Oberauroff und Eschenhahn sollen öffentlich vergeben werden:

Los I: Die Erd-, Fels- u. Gefällarbeiten:

a) 6260 cbm Massen zu bewegen, b) 117 Stück Zementrohre zu verlegen, c) 1040 cbm Gefüll. keine anzuliefern, d) 6160 qm Gefüll. herzustellen.

Los II: Die Lieferung von 108 Stück Zementrohre frei Baustelle oder Bahnhof Idstein.

Zeichnungen, Bedingungen u. Massenberechnungen liegen hier offen. Angebotsformulare sind gegen Einsendung von 1,50 M. für Los I u. von 0,60 M. für Los II zu haben. Verschlüsselt, entsprechend bezeichnete Angebote müssen bis Freitag, den 21. d. Mts., vorm. 10 Uhr hier eingegangen sein u. werden dann eröffnet. Zuschlagsfrist 14 Tage.

Idstein, den 6. März 1919.

Das Landesbauamt.

Verdingung.

Zum Neubau einer 1880 m langen Straße des Bismarckweges Breithardt-Strinzmargaretha in der Gemarkung Breithardt, Untertannkreis, sollen öffentlich vergeben werden:

Los I: Die Erd- u. Gefällarbeiten:

a) 516 cbm Massen zu bewegen, b) 1430 lfd. m Weg zu planieren, c) 45 Stück Zementrohre zu verlegen, d) 1832 cbm Gefüll. keine anzuliefern, e) 7716 qm Gefüll. herzustellen.

Los II: 45 Stück Zementrohre anzuliefern.

Zeichnungen, Bedingungen und Massenberechnungen liegen hier offen. Angebotsformulare sind gegen Einsendung von 1,50 M. für Los I und von 0,60 M. für Los II zu haben. Verschlüsselt, entsprechend bezeichnete Angebote müssen bis Freitag, den 21. d. Mts., vorm. 11 1/2 Uhr hier eingegangen sein und werden dann eröffnet. Zuschlagsfrist 14 Tage.

Idstein, den 6. März 1919.

Das Landesbauamt.

Dankagung.

Allen denen, die unseren lieben

Albert Schaar

zur letzten Ruhe geleitet, den Schwestern für die liebevolle Pflege, Herrn Delan Ernst für die tröstenden Worte am Grabe, sowie den Altersgenossen und Kameraden, dem Turnverein für die Niederlegung der Kränze und für alle Kranz- und Blumen-spenden innigen Dank.

Idstein, den 4. März 1919.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Gatte, Vater, Schwiegervater und Großvater

Karl Scheid

nach langem, schweren Leiden im Alter von 64 Jahren sanft entschlafen ist.

Walsdorf, den 7. März 1919.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen:

Frau Karl Scheid,
Familie Ferdinand Scheid,
Ferdinand Seyberth.

Die Beerdigung findet Montag, den 10. März, nachmittags 1 1/2 Uhr, statt.

Todes-Anzeige.

Hiermit die traurige Nachricht, daß unsere liebe Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Urgroßmutter

Dorothea Wiegand

geb. Reiger

heute Abend im 96. Lebensjahre nach langem Leiden sanft dem Herrn entschlafen ist.

Niederseelbach, den 6. März 1919.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Montag, den 10. März, nachmittags 2 Uhr, statt.